

Am 25. November 2018

# NEIN ZUR GEFÄHRLICHEN SVP-«SELBST- BESTIMMUNGS- INITIATIVE»



«Ich sage NEIN zum Frontalangriff auf den Menschenrechtsschutz. Die Initiative will, dass die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen missachten kann, wie dies totalitäre Herrscher tun. Das lehne ich ab.»

Angelo Barrile, Nationalrat Zürich



«Ich sage NEIN zur Missachtung internationaler Verträge. Allein Staatsverträge und das Völkerrecht schützen kleine Länder wie die Schweiz vor der Machtpolitik der Weltmächte. Ohne sie bestimmen Trump, Putin und Erdogan, was mit der Welt geschieht.»

Yvonne Apiyo Braendle-Amolo,  
Co-Präsidentin SP MigrantInnen Zürich



«Ich sage NEIN zur Schutzlosigkeit der Menschen vor staatlicher Willkür. Das internationale Menschenrecht schützt uns alle vor willkürlichen Einschränkungen unserer Freiheit durch den Staat. Die Initiative gefährdet diese Rechte.»

Mustafa Atici, Präsident SP MigrantInnen Schweiz, Grossrat Basel-Stadt

## NEIN ZUM FRONTALANGRIFF AUF DEN MENSCHENRECHTSSCHUTZ

Diese Initiative ist ein Frontalangriff der SVP auf den Menschenrechtsschutz. Damit steht sie nicht alleine da. Weltweit untergraben repressive Länder und korrupte Machthaber aus Eigeninteressen das Völkerrecht. Gerade heute ist ein starkes Bekenntnis der Schweiz zu den Menschenrechten wichtiger denn je. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Schweiz ihre internationalen Menschenrechts-Verpflichtungen missachtet, wie dies Unrechts-Staaten und totalitäre Herrscher tun.

## NEIN ZUR MISSACHTUNG INTERNATIONALER VERTRÄGE

Staatsverträge und das Völkerrecht schützen kleine Länder wie die Schweiz vor der Machtpolitik der Weltmächte. Einige von ihnen werden immer nationalistischer. Gerade jetzt ist es für die Schweiz umso wichtiger, internationale Regeln zu schützen und zu achten. Nur ein starkes Rechtssystem kann die staatliche Willkür einschränken. Ohne internationale Regeln bestimmen Herrscher wie Trump, Putin und Erdogan, was mit der Welt geschieht. Deshalb NEIN zu dieser gefährlichen SVP-Initiative.

## NEIN ZUR SCHUTZLOSIGKEIT VOR STAATLICHER WILLKÜR

Das internationale Menschenrecht schützt uns alle vor willkürlichen Einschränkungen unserer Freiheit durch den Staat. Das Völkerrecht und vorab die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) stärken das Aufenthaltsrecht, das Recht von Kindern, mit ihren Familien zu leben, und schützen vor willkürlichen Verhaftungen und Ausschaffungen. Die Initiative stellt all diese Errungenschaften in Frage. Deshalb sagen wir NEIN.

## WIE STIMME ICH AB?

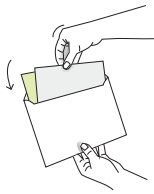
DEUTSCH



Zustellkuvert öffnen



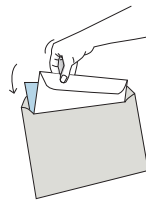
Abstimmungs-zettel ausfüllen



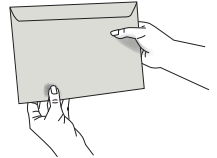
Abstimmungs-zettel in das kleine anonyme Stimmkuvert legen und zukleben



Stimmrechtsausweis unterschreiben



Stimmkuvert und Stimmrechtsausweis in das Zustellkuvert legen



Zustellkuvert bis am 17.11. per Post an die Wohngemeinde zurückschicken oder bis am 24.11. in den Briefkasten ihrer Wohngemeinde werfen

## MIGRANTEN UND MIGRANTINNEN KÖNNEN VIEL EINFLUSS NEHMEN

In den letzten Jahren hat die Schweiz über eine Million Menschen eingebürgert. Rund 880 000 über 15-jährige Schweizer und Schweizerinnen haben eine weitere Staatsbürgerschaft. Nehmen wir Menschen mit Migrationshintergrund tatsächlich an Abstimmungen teil, so können wir Mehrheiten schaffen. Ein Nein zur «Selbstbestimmungsinitiative» ist möglich – aber nur, wenn wir unsere Stimme abgeben.